Deutsches Reich.

* **Dresden**, 3. Februar. Der „Dr. A." berichtet: Zahlreiche Reichstagswähler von Dresden-Neustadt und Umgegend hatten sich am 26. v. M., verschiedenen politischen Parteien angehörig, im Neustädter Casino zusammengefunden, um von dem für den 4. sächsischen Reichstagswahlkreis aufgestellten Candidaten, Professor Böhmert, Auskunft über seine Stellung zu den wichtigsten politischen Tagesfragen zu erhalten. Die Einladung zu der Versammlung war von einem engeren Comité ausgegangen, bestehend aus den Herren: Commerzienrath Collenbusch, Commerzienrath M. Fischer, Schuhmachermeister Fleischer, Kaufmann A. Graf, Buchdruckereibesitzer Ottomar Lehmann, Generaldirector Libbertz, Consul Lüder, Tapezierer-Obermeister Mehnert, Pastor Sierl, Fabrikdirector Dr. Wiltens. Professor Böhmert erklärte, daß er im Falle einer Wahl in den Reichstag aufrichtig bemüht sein werde, die damit verbundenen Pflichten für das Gemeinwohl gewissenhaft zu erfüllen und nur bitten wolle, ihn nicht als Parteimann, sondern als Vertrauensmann zu wählen. Er berief sich darauf, daß sein berufliches und öffentliches Leben in Dresden den Wählern seit mehr als 22 Jahren offen vorliege. Seine Stellung im sächsischen Verwaltungsdienst habe ihn bestimmt, im Interesse seines Berufes dem politischen Parteileben fern zu bleiben, und seine öffentliche Thätigkeit auf das communale Armenwesen und auf gemeinnützige Vereine zu beschränken. Er habe die Ueberzeugung gewonnen, daß auch auf politischem Gebiete eine ruhige Verständigung unter den verschiedenen Parteien nicht nur möglich, sondern auch dem Wohle des Ganzen am ersprießlichsten sein werde. Nach Darlegung dieses allgemeinen Standpunctes sprach sich Professor Böhmert in Betreff seiner Stellung zu den Hauptparteien und zu einzelnen wichtigen Tagesfragen dahin aus, daß er sich vorbehalten möchte, erst nach genauer Prüfung der im nächsten Reichstage zu Tage tretenden politischen Verhältnisse bei derjenigen Partei zu hospitiren, die seinen Ansichten am nächsten stehe. Voraussichtlich werde dies die nationalliberale Partei sein, die er im Verein mit v. Bennigsen in Frankfurt a. M. im Jahre 1859 mit begründet habe. In Uebereinstimmung mit dieser Partei halte er den Ausbau der deutschen Flotte schon im Interesse der Sicherung unserer heimischen Production und unseres Ausfuhrhandels für geboten und vertraue, daß sich die constitutionelle Form für Bewilligung der Flottengelder ohne Schwierigkeit finden lassen werde. In Betreff der Arbeiterfrage wies er darauf hin, daß er seit dem Jahre 1872 den „Arbeiterfreund", das Organ des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Classen, 23 Jahre lang in Verbindung mit Professor Gneist und nach dessen Tode allein geleitet habe und darin immer für den Frieden zwischen Arbeit und Capital und für Gerechtigkeit und Wohlwollen zu Gunsten der wirthschaftlich schwächeren Classen eingetreten sei. Er halte den Weltfrieden nicht für bedroht, so lange das deutsche Reich an seinen Allianzen und an seiner vermittelnden Friedenspolitik festhalte. Die Hauptaufgabe des deutschen Volkes liege auf culturellem Gebiete. Er blicke mit freudigem Vertrauen in die deutsche Zukunft, sobald es nur gelingen werde, ein einträchtiges Zusammenwirken von Handel, Industrie und Landwirthschaft, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern überall anzubahnen und die Gehässigkeit des Parteistreites und Classenkampfes im Innern zu überwinden. Gutes Beispiel und praktische soziale Schöpfungen würden dazu mehr beitragen als gegenseitige Vorwürfe und Streit um Lehrmeinungen. Im Uebrigen müsse man es den Volksvertretern gestatten, wichtige praktische Fragen von Fall zu Fall zu prüfen und sich in der Politik für das nach ihrer Ueberzeugung dem Volke wahrhaft Nützliche und Gute und im Augenblick auch wirklich Erreichbare zu entscheiden. Das in den vorstehenden Hauptzügen von Professor Böhmert entwickelte Programm fand die einmüthige Zustimmung der Versammlung, welche beschloß, nicht nur die conservative und nationalliberale Partei, sondern auch die freisinnige Vereinigung, die deutsch-freisinnige Volkspartei und die deutsche Reformpartei aufzufordern, für die Wahl von Professor Böhmert mit einzutreten.

* **Berlin**, 3. Februar. Die zweitägigen Conferenzen, die hier unter Vorsitz des Handelsministers zur Berathung der Frage der weiteren Ausgestaltung des kaufmännischen Unterrichtswesens in Preußen stattfanden, sind vorgestern beendet worden. Da diese Berathungen lediglich den Zweck hatten, eine Aussprache der Vertreter der Staatsregierung mit den verschiedenen Berufsinteressenten und den Repräsentanten größerer Städte über den genannten Gegenstand herbeizuführen, so konnten keine Anträge gestellt, bestimmte Beschlüsse nicht gefaßt werden. Es ward nur ein Meinungsaustausch gepflogen, bei dem es der Vorsitzende (meistens der Herr Handelsminister) übernahm, die vorgebrachten Meinungen zusammenzufassen und deren Tenor zu präcisiren. Was den Hauptpunct der Besprechungen, den Plan der Errichtung besonderer Handelshochschulen, betrifft, so schien die Stimmung nicht unbedingt für die Erschaffung solcher Institute als für sich bestehender Anstalten zu sein. Vielmehr neigte die Meinung der Conferenz dahin, im Anschluß an die bestehenden Hochschulen, Universitäten und technischen Hochschulen Einrichtungen ins Leben zu rufen, die dem genannten Zwecke dienen könnten. Einmal würden sie den Kaufleuten zu einer weiteren theoretischen Ausbildung auf allen für den Handelsstand in Frage kommenden Gebieten Gelegenheit gewähren, andererseits sollten diese Einrichtungen so beschaffen sein, daß sie auch den Angehörigen bestimmter Beamtenkategorien, richterlichen, Verwaltungs-, Consularbeamten u. s. w. die Möglichkeit darböten, sich auf dem Gebiete der eigentlichen Handelslehre praktische Kenntnisse und Erfahrungen zu erwerben. Demnach würde ein doppelter Zweck erreicht werden: Die Kaufleute könnten die von ihnen erstrebte wissenschaftliche Ausbildung erlangen, ohne den etwas umständlichen Apparat ad hoc zu gründender Hochschulen. Und den Beamten genannter Classe erwüchse willkommene Gelegenheit, den jetzt häufig beklagten Mangel an Fühlung mit dem praktischen kaufmännischen Leben abzustellen. Solchergestalt könnten Einrichtungen gedachter Art viel des Guten stiften und auch noch in der Richtung nützlich wirken, daß sie den kaufmännischen und den richterlichen Stand einander näher zu bringen geeignet wären. Die Conferenzen sind, von den angedeuteten Momenten geleitet, durchaus zur Zufriedenheit aller Theilnehmer verlaufen. (Post.)

Y. **Berlin**, 3. Februar. (Telegramm.) Zur gestrigen Frühstückstafel waren die Professoren Salzmann und Martens geladen. Nach der Tafel machten beide Majestäten eine Spazierfahrt, später blieb der Kaiser im Arbeitszimmer. Zur Abendtafel hatte Flügeladjutant Oberst Graf Hülsen-Häseler eine Einladung erhalten. Heute morgen machte der Kaiser einen Spaziergang und hatte später eine Conferenz mit dem Staatssecretair des Auswärtigen Amts. Um 10 hörte er den Vortrag des Kriegsministers und den des Chefs des Militaircabinets.

⊙ **Berlin**, 3. Februar. (Telegramm.) Heute Vormittag begannen die Verhandlungen des **preußischen Landesökonomie-Collegiums**. Der Landwirthschaftsminister v. Hammerstein-Loxten theilte mit, morgen werde der Kaiser den Verhandlungen beiwohnen. Bei der Berathung über die Abänderung des Regulativs des Collegiums wurde beschlossen, das Collegium solle berufen sein, neben der bisherigen Aufgabe als technischer Beirath des Ministers auch als Centralstelle für die Landwirthschaftskammer, bezw. für die landwirthschaftlichen Centralvereine, zu dienen.

B. **Berlin**, 3. Februar. (Privattelegramm.) Die (im „Leipz. Tagebl." bisher nicht erwähnte. Red.) Blättermeldung, der Eisenbahnminister **Thielen** habe seine Entlassung gegeben, wird von mehreren Seiten als unbegründet bezeichnet.

— In einer Berliner Correspondenz der „Frankfurter Zeitung", die die vom Reichstage beschlossene Erhöhung der Repräsentationskosten des Reichskanzlers im Uebrigen wohlwollend bespricht, heißt es:

„Es lag sehr nahe, die Frage der Diäten der Reichstagsabgeordneten damit in Verbindung zu bringen; es ist nicht geschehen, aus einer Art Zartgefühl wahrscheinlich, vielleicht auch weil man weiß, daß heute nicht mehr der Reichskanzler und der Bundesrath schuld sind, daß die Diäten nicht eingeführt werden, sondern daß der Widerstand beim Kaiser liegt."

Diese Darstellung ist, den „Berl. N. N." zufolge, irrthümlich. Das preußische Staatsministerium erachte es für völlig ausgeschlossen, daß eine Erweiterung des allgemeinen Stimmrechts durch Einführung von Diäten ohne die gleichzeitige Einführung starker Cautelen zulässig und möglich sei.

— Der „Ostas. Lloyd" veröffentlicht folgende Danksagung: „Kiautschau-Bucht, 24. December 1897. In patriotischer Weise haben die Deutschen in Shanghai, Wusung, Yokohama, Tokio und Kobe durch eine reiche Spende von Weihnachtsgaben für die Mannschaften der Schiffe des Kreuzergeschwaders ihrem regen Interesse an der Thätigkeit der Marine auf der hiesigen Station Ausdruck verliehen. Ich spreche im Namen der Besatzungen der Schiffe des Kreuzergeschwaders den freundlichen Gebern unseren besten Dank aus und erwidere aufrichtig die Wünsche derselben für ein frohes Fest und glückliches neues Jahr. v. Diederichs, Vicеadmiral und Chef des Kreuzergeschwaders."

— Polizeilich aufgelöst wurde die öffentliche Versammlung der Maurer, die gestern bei Keller, Koppenstraße 29, tagte. Nachdem die Abstimmung über die Art der Zusammensetzung der zukünftigen Lohncommission stattgefunden hatte und die Neuwahl derselben vorgenommen werden sollte, erhob sich ein so lebhafter Widerspruch aus der Versammlung, daß der überwachende Beamte sie auflöste. Die Versammlung war von ca. 2000 Personen besucht und bereits beim Eintritt in die Tagesordnung polizeilich abgesperrt.

— Der preußische Cultusminister hat verfügt, daß den Magistraten der Städte nicht mehr gestattet sein soll, die Lehrer zu verpflichten, nur mit Genehmigung des Magistrats an anderen als städtischen Schulen Unterricht zu ertheilen. Hierüber zu befinden wird als Recht der Schulaufsichtsbehörde in Anspruch genommen. Ferner dürfen die Magistrate die Lehrer durch die Vocation nicht mehr, wie das bisher üblich war, zu einer bestimmten Stundenzahl verpflichten. Auch hierüber habe die Schulaufsichtsbehörde Anordnung zu treffen. Die Einrechnung von Lehrstunden an gewerblichen Fortbildungsschulen in die Zahl der Pflichtstunden ist ebenfalls verboten.

* **Hannover**, 2. Februar. Im 2. hannoverschen Reichstagswahlkreise wird nach dem „Hann. Cour." von den Nationalliberalen der bisherige Abg. Kruse wieder aufgestellt werden.

* **Braunschweig**, 2. Februar. Gegen Pastor Schall-Bahrdorf hat gestern das Verfahren vor der Disciplinarkammer begonnen. Den Vorsitz bei den Verhandlungen, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden, führt der Landgerichtspräsident Dr. Dedekind. Die Anklage umfaßt circa 30 Puncte. Die Verhandlungen nehmen mehrere Tage in Anspruch.

* **Eisleben**, 2. Februar. Da Herr Geheimer Oberbergrath Leuschner (Reichspartei) aus Gesundheitsrücksichten die Annahme eines Mandats für den nächsten Reichstag leider abgelehnt hat, haben sich die conservativen Parteien unseres Wahlkreises dahin geeinigt, den Abgeordneten Herrn Dr. Otto Arendt-Berlin als Candidaten für die nächsten Reichstagswahlen aufzustellen. Die Nationalliberalen sind, soweit das „Eisleb. Tagebl." unterrichtet ist, ebenfalls gewillt, Herrn Dr. Arendt ihre Stimmen zu geben.

* **Eckartsberga**, 2. Februar. Mit der Bewerbung um ein Reichstagsmandat in unserem Kreise hat Pastor Kötzschke (nat.-social) wenig Glück. In Stadt und Land tritt er in Volksversammlungen auf, ohne jedoch die erwünschte Zustimmung für das von ihm entwickelte Programm zu finden. Am Sonntage hielt er im Dorfe Burgwenden eine öffentliche Versammlung ab, die sehr stark besucht war. Hier erklärte er sich gegen die Nationalliberalen und die Conservativen. Die Anwesenden waren von seiner „Zukunftsmusik" nicht sehr erbaut und entschieden sich für die Wiederwahl des jetzigen nationalliberalen Vertreters, des Gutsbesitzers Scherre in Leubingen, dem ein brausendes Hoch dargebracht wurde. (M. Z.)

* **Alsfeld**, 2. Februar. Im dritten Wahlbezirk der Provinz Oberhessen (Lauterbach, Alsfeld und Schotten) sind Oekonom Schade in Altenburg bei Alsfeld und Kreisrath Braun in Lauterbach gemeinschaftlich von den National-Liberalen und dem Bunde der Landwirthe als Reichstagswahl-Candidaten vorgeschlagen worden.

* **Karlsruhe**, 2. Februar. Der „Bad. Beobachter" schätzt die Summe der Erbschaftsaccise, die dem Staat aus der Erbschaft des Fürsten von Fürstenberg zufällt, auf mehr als 5 Millionen Mark.

* **Aus Bayern**, 2. Februar. Graf Konrad von Preysing wird im Straubinger Wahlkreis nicht wieder candidiren. Das Centrum stellt für ihn Landgerichtsrath Söldner auf, den unlängst zu den politisch Todten geworfenen Verfechter der landsmannschaftlichen Trennung der Centrumspartei.

Oesterreich-Ungarn.

Studentenstreik.

* **Wien**, 3. Februar. (Telegramm.) Die Vorlesungen der Universität sind bis zum 10. d. M. eingestellt, weil die nationalen Studenten heute die Frühcollegien durch Heil- und Prositrufen verhinderten. Die theologischen Vorlesungen sind bei geschlossenen Thüren ruhig verlaufen. Die Vorlesungen in der Klinik blieben ungestört, Einige verließen den Saal. — Heute Mittag kam es in der Aula der Universität zu einer Reibung zwischen slavischen und deutschen Studenten, welche die Ersteren hinausdrängten. Der Rector griff ein und richtete eine ernste Mahnung und Warnung an die Studentenschaft.

* **Wien**, 3. Februar. (Telegramm.) Zufolge einer Kundmachung des Universitätsrectorats wurden die Vorlesungen außer denjenigen in der theologischen Facultät wegen der heute vorgekommenen Verhinderungen der Vorlesungen durch Studirende bis zum 10. Februar mit dem Bemerken sistirt, daß gegen die Schuldigen strengstens vorgegangen wird. Eine ähnliche Kundgebung des Rectorats des Polytechnikums verfügt die Einstellung des gesammten Unterrichts bis auf Weiteres. (Wiederholt.)

* **Graz**, 3. Februar. (Telegramm.) Auf Ersuchen der Studirenden hielten die Professoren der beiden Hochschulen keine Vorlesungen. Ein Zwischenfall ist nicht vorgekommen.

* **Innsbruck**, 3. Februar. (Telegramm.) Die Studenten an der hiesigen Universität verhinderten durch Tumulte die Vorlesungen in allen Facultäten. Der Prorector stellte vorläufig die Vorlesungen ein. Der Beschluß des Senats ist noch unbekannt. — Zwischen deutsch-nationalen Studenten und Mitgliedern der katholischen Studentenverbindung „Austria", die an dem Ausstande nicht Theil nahm, kam es auf der Straße zu Thätlichkeiten. Letztere wurden beschimpft, geschlagen und der Mützen beraubt. Die deutsch-nationalen Studenten zogen in corpore durch die Stadt.

* **Leoben**, 3. Februar. (Telegramm.) Die Fachvorlesungen an der hiesigen Bergakademie wurden von den Studenten durch Heil- und Hochrufe auf die Professoren und Gesang verhindert. Eine Kundmachung des Professorencollegiums warnt ernstlich vor einer Wiederholung derartiger Kundgebungen und giebt bekannt, daß die Vorlesungen am Montag, den 7. Februar, wieder aufgenommen werden.

* **Prag**, 3. Februar. (Telegramm.) An den beiden deutschen Hochschulen fanden sich heute keine Hörer ein. Es wurden deshalb keine Vorlesungen abgehalten. Die Ruhe wurde nicht gestört.

* **Brünn**, 3. Februar. (Telegramm.) Die deutschen Studenten des Polytechnikums verhinderten lärmend die Vorlesungen.

Wahlerfolge.

* **Pest**, 3. Februar. (Telegramm.) Bei der vorgestern in Rosenberg vorgenommenen Abgeordnetenwahl, bei welcher der Candidat der liberalen Partei siegte, kam es in der zum Rosenberger Wahlbezirke gehörenden Gemeinde Liezlofalu zu Schlägereien zwischen Bauern der liberalen und der Volkspartei. Die Gendarmerie mußte von den Waffen Gebrauch machen und verwundete 7 Personen, von denen zwei ihren Wunden erlegen sind. (Wiederholt.)

Goluchowski und Badeni.

* **Pest**, 3. Februar. (Telegramm.) Die Blätter besprechen die von Oppert in der „Times" berichteten Aeußerungen Badeni's, nach welchen die vorjährige Petersburger Reise des Kaisers Franz Josef ohne bestimmtes Ergebniß geblieben sei. Es scheine, daß Badeni dem Grafen Goluchowski persönlich unangenehm werden wollte, dabei habe er aber eine schwere Indiscretion begangen. Diese Indiscretion sei, wenn Badeni's Angabe überhaupt wahr sei, um so ernster zu beurtheilen, als sie einem englischen Berichterstatter gegenüber verübt sei, da selbst der einfachste Zeitungsleser weiß, daß die Engländer das größte Interesse daran haben, das gute Verhältniß zwischen Wien und Petersburg zu stören. Die Blätter meinen, Badeni verdiene die strengste Rüge von zuständiger Seite dafür, daß er über Dinge schwatze, die ihn nichts angehen. (Voss. Ztg.)

Frankreich.

Der Klerikalismus in der Armee.

* Im Pariser „Radical" hat Senator Ranc eine Campagne gegen den Verein der „Notre Dame des Armées" eröffnet. Ranc theilt aus zahlreichen Briefen Details über das Umsichgreifen des Klerikalismus in der französischen Armee mit. Frankreich hat nicht weniger als 96 katholische Soldatenclubs, für die jährlich anderthalb Millionen ausgegeben werden. Die Soldaten werden zum Besuche der Clublocale durch die daselbst zur Verfügung stehenden Spiele — einzelne haben sogar sieben Billards — Vertheilung von Tabak und Cigarren und durch das Mittel angelockt, daß die im Club geschriebenen Briefe von der Verwaltung frankirt werden. In Verbindung mit dem Club steht eine Capelle, in welche die Soldaten gedrängt werden. Die meisten Officiersfrauen sind Patronatsdamen des katholischen Soldatenclubs, in einer großen Garnison ist die Gattin des commandirenden Generals die Präsidentin des Patronatscomités. Jeder Soldat, der irgend eine Vergünstigung erlangen will, muß dem Club angehören und sich mit dem Abbé, der dem Club vorsteht, auf guten Fuß stellen. Die Officiere, die nicht dem Unternehmen beitreten, werden ungünstig beurtheilt. Ein höherer Officier des Ruhestandes verweist auf die Thatsache, daß die vornehmen und reichen Officiere fast durchweg in Paris oder in der Nähe der Hauptstadt garnisoniren. Daraus ergiebt sich, daß die große Mehrheit der Officiere von Paris und Umgebung reactionair und klerikal ist.

Verletzung des Briefgeheimnisses; Picquart; Dreyfus.

* **Paris**, 3. Februar. (Telegramm.) Mehrere socialistische Deputirte wollen über die vom Deputirten Delcassé gerügte Verletzung des Briefgeheimnisses interpelliren. — Wie verlautet, hat das Disciplinargericht sich einstimmig für die strafweise Pensionirung Picquart's ausgesprochen. — Dem „Siècle" zufolge stellt das Colonialministerium Frau Dreyfus nunmehr monatlich nur die Copie eines einzigen Briefes ihres Gatten zu. Es scheine, fügt das Blatt hinzu, daß die übrigen Briefe einfach vernichtet würden.

Der Kreta-Candidat.

* **Paris**, 3. Februar. (Telegramm.) Nach einer Meldung des „Figaro" trifft Prinz Georg von Griechenland Ende dieses Monats in Paris ein, nachdem er vorher den Höfen von Petersburg und Kopenhagen Besuche abgestattet hat.

Asien.

Kiautschau.

* **Berlin**, 3. Februar. (Telegramm.) Nach zuverlässigen Informationen ist der Mörder des Matrosen Schulze in Kiautschau ergriffen und nach chinesischem Gerichtsspruch hingerichtet worden. (Wdrhlt.)

China-Anleihe; Englische Anbändelungs-Versuche.

* **London**, 3. Februar. (Telegramm.) Der „Daily Telegr." erfährt, in Citykreisen werde der Petersburger Drahtmeldung, daß Rußland und Deutschland beschlossen haben, China eine Anleihe im Betrage von 100 Millionen Rubel zu gewähren, nicht der mindeste Glaube beigemessen. Es sei im Gegentheil Grund zu der Folgerung vorhanden, Deutschland werde den finanziellen Verhandlungen mit China gegenüber völlig neutral bleiben. Es werde vielmehr die Hoffnung ausgedrückt, die Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland mögen enger geknüpft werden, ungeachtet dessen, was in der Vergangenheit vorgefallen sei. (!?) Der stärkste Grund sei für die Behauptung vorhanden, daß Deutschland im Herzen aufrichtig wünsche, Englands Freundschaft zu pflegen, in der Ueberzeugung, daß England keine selbstsüchtigen Ziele in China verfolge und daß die deutschen Interessen nicht im Widerspruch mit den englischen stehen. (?) Ein englisch-deutsches Bündniß wurde nach dem Ermessen jener, die befähigt sind, sich eine autoritative Meinung zu bilden, die wirksamste Schranke gegen einen russischen Angriff sein; eine solche Vereinigung, gleich mächtig zu Lande wie zu Wasser, würde dadurch, daß sie das Gleichgewicht der Mächte erhalte, den Weltfrieden und die Entwickelung des Handels aller Nationen sichern. (Voss. Ztg.)

* **Aus Berlin** wird dem „Hamb. Corr." geschrieben: Nach Mittheilungen der hiesigen Bankhäuser, die sich bereit erklärt hatten, an der Unterbringung der neuen chinesischen Anleihe theilzunehmen, finden z. Zt. keinerlei Verhandlungen, weder mit England noch mit Rußland, statt. Die Meldung der „Times", daß eine russisch-deutsche Anleihe im Betrage von 100 Millionen Rubel abgeschlossen sei, kann demnach nicht zutreffen, da nach einer früheren officiösen Erklärung die Reichsregierung selbst an den Anleiheverhandlungen nicht betheiligt ist.

Afrika.

Cecil Rhodes.

* **Berlin**, 2. Februar. Einem englischen Finanzblatte zufolge hat sich Dr. Jameson dahin geäußert, er sei überzeugt, daß Cecil Rhodes in diesem Jahre wieder Premier-Minister der Capcolonie werden würde. Wenn Rhodes die Zeit wieder für gekommen hält, um seine Hebel in Capstadt anzusetzen, so läßt das auf eine nicht sehr glänzende Lage der Dinge in Rhodesia schließen. Im Uebrigen versteht sich von selbst, daß die amtliche Rehabilitirung Sir Cecil Rhodes' auch den Wiederbeginn der Unruhen in Südafrika bedeuten würde.

Amerika.

Das deutsche Obsteinfuhr-Verbot.

* **Washington**, 3. Februar. (Telegramm.) Ueber das deutsche Einfuhrverbot amerikanischen Obstes äußerte Senator Perkins in einer Unterredung, er halte das Verbot lediglich für eine Wiedervergeltung für den amerikanischen Differentialzoll auf Zucker. Senator Emery meint, Amerika sollte die Einfuhr der deutschen Messerschmied- und Wollwaaren verbieten. Senator Lodge erklärt die Handlungsweise Deutschlands als Vertragsbruch. Der Vorsitzende der Commission des Auswärtigen, Pitt, drückt sein Erstaunen über das Verbot aus und hofft nicht, daß das ein Schritt zur Wiedervergeltung sei. Andere Mitglieder der Commission halten das Verbot für einen Theil der Repressivmaßnahmen. Der Vorsitzende der Obstbau-Abtheilung und des Ackerbau-Departements erklärt, das californische Obst sei das insectenfreieste, die Behauptung der Gesundheitsschädlichkeit sei grundlos, vielmehr seien die Insecten im ausländischen Obste hereingekommen.

Haiti; Cuba.

* **Berlin**, 3. Februar. Die „N. A. Z." kann auf Grund zuverlässiger Mittheilungen erklären, daß zur Entstehung des Gerüchts über einen in **Port au Prince** gegen den deutschen Geschäftsträger Grafen Schwerin gerichteten Vergiftungsversuch nicht der mindeste Anlaß vorliegt. Es ist festgestellt, daß der in diesem Zusammenhange erwähnte Tod des in Port au Prince kürzlich verstorbenen dortigen Mitglieds des diplomatischen Corps durch Bluterguß ins Gehirn herbeigeführt worden ist, der als Folge einer weiter zurück liegenden Erkrankung eintrat.

* **New York**, 3. Februar. (Telegramm.) Hier werden wieder sehr pessimistische Nachrichten über die Lage in Havannah verbreitet. Die militairischen Operationen der Spanier seien zum Stillstande gekommen, und die günstigste Jahreszeit für die Operationen sei so verloren. Bei einem jüngst stattgehabten Zusammenstoße mit den Aufständischen bei Mejia sollen die Spanier 124 Mann verloren haben.

Colonial-Nachrichten.

* Am 1. August d. J. tritt in Ostafrika eine Verordnung des Gouvernements, betreffend die Erhebung einer Häuser- und Hüttensteuer, in Kraft. Diese lautet in ihren wichtigsten Bestimmungen:

Für bewohnte Gebäude wird fortan, soweit der friedliche Machtbereich der Bezirksämter und Stationen reicht, eine Häuser- und Hüttensteuer erhoben. Als Steuerpflichtiger im Sinne dieser Verordnung ist der jeweilige Haus- und Hüttenbesitzer anzusehen. Zum Zwecke der Besteuerung sind zu unterscheiden: I. Classe: Steinhäuser nach Europäer-, Inder- oder Araberart: a. in städtischen Ortschaften, b. in ländlichen Ortschaften; II. Classe: Häuser und Hütten nach Eingeborenenart: a. in städtischen Ortschaften, b. in ländlichen Ortschaften. Bei der Classe Ia wird zur Besteuerung der Miethswerth zu Grunde gelegt. Es sollen 5 Procent des ermittelten Miethswerthes, nie aber mehr als 100 Rupien pro Jahr als Steuer zur Erhebung gelangen. Bei Classe Ib werden drei Stufen gebildet, und wird für die der ersten Stufe zugetheilten Häuser 30 Rupien, der zweiten 20 Rupien, der dritten 10 Rupien als jährliche Steuer erhoben. Bei der Classe IIa werden zwei Stufen gebildet, und gelangen für die erste Stufe 12, für die zweite 6 Rupien als jährliche Steuer zur Erhebung. Bei der Classe IIb werden pro Hütte jährlich 3 Rupien Steuer erhoben. Bei der zweiten Classe kann die Steuer in natura geleistet werden. Als Naturalleistung sind zugelassen Früchte: Erdnüsse, Cocosnüsse, Sesam 2c. und Arbeitsleistung. Bei den Innenstationen können auch zur Verpflegung der Besatzung und der durchziehenden Karawanen verwendbare Getreidearten als Naturalleistung nach Ermessen des Stationschefs angenommen werden. Die Preise für die Oelfrüchte 2c. legt die locale Verwaltungsbehörde fest. Den Werth des Arbeitstages setzt ebenfalls die locale Verwaltungsbehörde fest. Hierbei darf der Werth der Frauenarbeit nur mit der Hälfte der Männerarbeit in Ansatz gebracht werden. Die halbjährliche Steuer kann nur in einer Reihe von Tagen ohne Unterbrechung abgearbeitet werden. Als Naturalleistung abzuliefernde Oelfrüchte und Getreide hat die locale Verwaltungsbehörde in Empfang zu nehmen, zu verwerthen und bei der zuständigen Casse zu verrechnen. Die als Steuerleistung angebotenen Arbeitskräfte verwendet die locale Verwaltungsbehörde nach ihrem Ermessen im Interesse ihres Bezirks, in erster Linie zum Wegebau. Von den eingehenden Steuerbeträgen erhalten die localen Verwaltungsbehörden an der Kasse zur Vereinnahmung in die Communalkasse des Bezirks 50 Procent. Die besonderen Kosten der Steuerveranlagung und Erhebung sind jedoch aus diesem Steuerantheile der Communalcasse vorab zu bestreiten. Die bisher erhobenen communalen Gebäudesteuern gelangen mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung in Fortfall. Bei Nichtentrichtung der Steuer hat die locale Verwaltungsbehörde dieselbe zwangsweise beizutreiben. Hierbei ist Zwangsarbeit zulässig.

Die den Bezirksämtern zugegangene Ausführungsanweisung, welche das „D. K.-Bl." mittheilt, empfiehlt besonders in den Innenbezirken äußerste Vorsicht, gegen vereinzelte säumige Steuerpflichtige jedoch entschiedene Strenge. Die Anweisung betont den erzieherischen Werth der Verordnung, durch welche die Eingeborenen zu regelmäßigerer Bodencultur veranlaßt werden sollen. Zu § 6 der Verordnung wird bemerkt, daß es sich empfiehlt, für die einfachen Verhältnisse des Binnenlandes die Hüttensteuer der Classe IIb in eine Kopfsteuer umzusetzen, und zwar folgendermaßen: Es ist anzunehmen, daß eine Normalhütte von vier Steuerpflichtigen bewohnt wird, demnach pro Kopf ¼ Rupien Steuer zu zahlen ist. Um die Zahl der Steuerpflichtigen einer Ortschaft festzustellen, ist daher die Anzahl der bewohnten Hütten mit vier zu vervielfältigen. Alsdann ist durch Vermittelung des Jumben der auf die Ortschaft entfallende Steuerbetrag als eine Gesammtleistung zu erheben.

* Lieutenant a. D. Bronsart von Schellendorf, welcher seit etwa 1½ Jahren am Kilimandscharo für Straußen- und Zebrazucht thätig war, ist wieder in Berlin eingetroffen. Es ist ihm gelungen, eine Heerde von 30 Zebras in einem großen Kraal zu fangen, und die ersten Zähmungsversuche sind so günstig ausgefallen, daß man die besten Hoffnungen auf die Zukunft setzen kann.

* Die Woermann-Linie hat sich entschlossen, die Rückreisen ihrer Dampfer aus Westafrika versuchsweise zu beschleunigen. Es wird fortan jeden Monat am 4. von Kamerun ein Dampfer abfahren, der Togo am 7. anläuft und am 27. Hamburg erreicht.

Marine.

* **Berlin**, 3. Februar. (Telegramm.) Laut telegraphischer Meldung an das Ober-Commando der Marine ist S. M. S. „Gneisenau", Commandant Capitain zur See Hofmeier, am 2. Februar in Key West angekommen und beabsichtigt, am 8. Februar nach den Azoren in See zu gehen. — Am 2. Februar sind in See gegangen: S. M. S. „Otter" nach Ostasien, S. M. S. „Blücher" zu Heizerausbildungsfahrten von Kiel, S. M. Torpedodivisionsboot „D 3" und S. M. Torpedoboot „S 90" der V. Torpedobootsdivision (Reserve) zu einer Rottenfahrt von Kiel nach Warnemünde, S. M. Schulterpedoboote „S 1", „S 3" und „S 52" von Burgstaaken nach Kiel. Letztere sind daselbst eingetroffen. — S. M. Torpedodivisionsboot „D 7" ist am 2. d. M. in Neufahrwasser eingetroffen.

Geo. Schneider Nachf.
Fernspr. 1998. **Centralhalle.**
Auer Gasglühlicht.

Grösstes Erstes Hotel Deutschlands
Central-Hotel, Berlin.
500 Zimmer von 3 Mk. — 25 Mk.
Gegenüber Centralbahnhof Friedrichstrasse.

Migränin
TABLETTEN Name geschützt!
Radicales Mittel gegen Kopfweh jeder Art
Erhältlich in den Apotheken
FARBWERKE vorm. MEISTER LUCIUS & BRÜNING
MIGRÄNIN-TABLETTEN
SCHUTZ-MARKE
Bequemste Dosirung.
Migränin-Tabletten, aus reinem Migränin dargestellt.